

# Neues Blutbad in Jerusalem

Mindestens sieben Tote und 35 Verletzte bei Anschlag an Bushaltestelle – Israel greift Gaza an

JERUSALEM: Zum zweiten Mal in zwei Tagen hat ein palästinensischer Selbstmordattentäter ein Blutbad in Jerusalem angerichtet und gestern Abend laut Polizei mindestens sieben Menschen getötet. Etwa 35 weitere Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Explosion ereignete sich an einer Bushaltestelle im Norden der Stadt. Israel reagierte umgehend: Drei Stunden später griffen Kampfhubschrauber Ziele im Gazastreifen an, wie das Fernsehen berichtete.

Nach palästinensischen Angaben wurde eine Stahlfabrik in Chan Junis und möglicherweise auch das Flüchtlingslager Dschebalaja getroffen. Die israelische Armee nahm zunächst keine Stellung. Am Dienstag hatte ein palästinensischer Selbstmordattentäter in Jerusalem 19 Menschen in einem Bus getötet. Es war der blutigste Anschlag in der Stadt seit über sechs Jahren. Die israelische Regierung hatte daraufhin die schrittweise Wiederbesetzung palästinensischer Autonomiegebiete angekündigt. Diese werde mit jedem Attentat ausgeweitet und so lange andauern wie der Terror, hiess es als Reaktion auf das Attentat vom Tag zuvor.

## Bushaltestelle völlig zerstört

Die Bushaltestelle in dem Viertel French Hill, das zum 1967 eroberten Teil Jerusalems gehört, wurde bei der Explosion völlig zerstört. Auf dem Bo-



Ein palästinensischer Selbstmordattentäter hat bei einem Anschlag auf eine Bushaltestelle in Jerusalem mindestens sieben Israelis mit in den Tod gerissen. (Bilder: Keystone)

den lagen mehrere abgerissene Körperteile und die Überreste eines Kinderwagens.

Laut Polizei stieg der Attentäter aus einem roten Audi und wurde noch von zwei Polizisten verfolgt, bevor er den Sprengsatz zündete. Einer der beiden Beamten sei schwer verletzt worden, sagte der Jerusalemer Polizeichef Mickey Levi. Das Auto raste davon

und verschwand im arabischen Ostteil der Stadt. Ein israelischer Regierungssprecher machte Arafat persönlich für die Tat verantwortlich und kündigte weitere Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung an.

Führende Palästinenser warnten, dass die von der israelischen Regierung verkündeten Massnahmen nur zu neuem Blutvergiessen führen würden.

Israelische Truppen rückten erneut in drei Städte im Westjordanland ein. Die Wiederbesetzung autonomer Gebiete werde schon in Kürze erfolgen, hiess es aus dem Büro von Ministerpräsident Ariel Scharon. Regierungssprecher Arie Mekeel erklärte, der palästinensische Präsident Jassir Arafat solle auf diese Weise gezwungen werden, gegen den Terror vorzugehen.

## 20 Milliarden Dollar Schaden

NEW YORK: Die Terroranschläge vom 11. September haben in New York einen Schaden an versicherten Gebäuden in Höhe von 20,3 Milliarden Dollar angerichtet. Nach einer am Dienstag veröffentlichten Studie liegen die Versicherungskosten damit um 3,7 Milliarden Dollar höher als kurz nach den Attentaten geschätzt. Die Behörden erklärten, wegen der Rettungsarbeiten hätten ihre Beamten zunächst keinen Zugang zum Ground Zero in Manhattan gehabt und daher die Kosten nur schwer abschätzen können. Der 11. September war die «teuerste US-Katastrophe aller Zeiten», hiess es in der Studie weiter. Die Terroranschläge übertrafen sogar den Hurrikan Andrew, der 1992 einen Sachschaden von 19,6 Milliarden Dollar anrichtete. In New York gingen schätzungsweise 49 000 Einzelsprüche gegen Versicherungen ein.

## Weichen gestellt

PARIS: In Paris haben die Fraktionen der neugewählten Nationalversammlung die personellen Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt. Ex-Sozialminister Jacques Barrot wurde gestern zum neuen Chef der Mehrheits-Fraktion der Chirac-Partei UMP gewählt.

Bei den Sozialisten wurde der bisherige Fraktionsvorsitzende Jean-Marc Ayraut im Amt bestätigt. Als Chef der grössten Minderheitsfraktion ist Ayraut de facto Oppositionsführer im französischen Abgeordnetenhaus. Ex-Finanzminister Laurent Fabius zog sich im Rennen um die Spitze der Sozialisten-Fraktion zurück.

## Kaum noch Übergriffe

NEU-DELHI: Die Zahl von Angriffen muslimischer Extremisten in Kaschmir ist laut indischen Angaben in den vergangenen Wochen drastisch zurückgegangen. Seit Ende Mai hätten die indischen Streitkräfte nur einen Infiltrationsversuch von pakistanischer Seite aus verzeichnet und abgewehrt, sagte Armee-Oberbefehlshaber General Sunderajan Padmanabhan gestern. Der vermutlich künftige indische Präsident A.P.J. Abdul Kalam erklärte unterdessen, die Angst beider Seiten vor einem Atomschlag habe einen Krieg mit Pakistan verhindert.

## Ursache gefunden

MOSKAU: Eine Torpedo-Explosion hat nach offiziellen Angaben zum Unglück des russischen Atom-U-Boots «Kursk» geführt. Zu diesem Schluss kam eine russische Regierungskommission knapp zwei Jahre nach dem Unglück. Sowohl ein Zusammenstoss mit einem fremden U-Boot als auch das Auslösen einer Mine aus dem Zweiten Weltkrieg seien als Ursachen ausgeschlossen worden, sagte gestern Ilya Klebanow, Wissenschaftsminister und Leiter der Kommission.

## Neues Kabinett bestätigt

KABUL: Die afghanische Stammesversammlung Loja Dschirga hat das neue Kabinett des frisch gewählten Präsidenten Hamid Karsai gestern bestätigt. Dem Kabinett gehören 15 Minister an.

Das besonders wichtige Verteidigungsministerium wird weiter von dem Tadschiken-General Mohammed Fahim geleitet werden. Auch Aussenminister Abdullah Abdullah wird seinen Posten behalten. Neuer Innenminister wird der Paschtune Tadsch Mohammed Wardak, bislang Gouverneur der Provinz Paktia. Sein Vorgänger, der Tadschike Junis Kanuni, wird Bildungsminister. Das Finanzministerium übernimmt mit dem bisherigen Präsidentenberater Aschraf Ghani ein Paschtune.

# Nationalrat: Klares Nein zum Luftverkehrsabkommen

Von Bürgerlichen als diskriminierend bezeichnet – Moritz Leuenberger warnt vor endlosen Prozessen

BERN: Der Nationalrat hat gestern das Luftverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland abgelehnt. Mit 105 zu 79 Stimmen trat die Grosse Kammer nicht auf den Staatsvertrag ein. Während die bürgerlichen Parteien von Diskriminierung sprachen, werteten die Ratslinke und Verkehrsminister Leuenberger das Werk als beste Lösung.

Während der rund dreistündigen Debatte über das Abkommen übten die bürgerlichen Parteien harsche Kritik am Vertrag und an Verkehrsminister Moritz Leuenberger. Die SVP bezeich-

nete den Staatsvertrag als Kapitulationskunde, die auf massivem Druck des nördlichen Nachbarn zu Stande gekommen sei.

Die bürgerlichen Parteien warnten auch davor, bei einer Ratifizierung werde ein Präjudiz für andere Flughäfen geschaffen. Zudem schaffe der Vertrag Sonderprivilegien für die süddeutsche Bevölkerung. Die Liberalen bezeichneten es als Armutzeugnis, wenn ein Vertrag ratifiziert werde, von dem niemand überzeugt sei.

Die SP dagegen stellte sich hinter ihren Bundesrat und sprach sich klar für den Staatsvertrag aus. Ein Nein be-

deute eine schlechtere Lösung für den Flughafen Zürich. An die Adresse der Bürgerlichen sagte Jacqueline Fehr (SP/ZH): «Wenn Sie wirklich sehenden Auges ins Fiasko laufen wollen, dann können wir Sie nicht daran hindern».

## Leuenberger warnt vor einseitigen Massnahmen

Leuenberger versuchte die Ratsmitglieder davon zu überzeugen, dass eine Ablehnung oder das Nichteintreten auf den Vertrag eine Unsicherheit für den Flughafen, für Swiss, die Anwohnerschaft und die Behörden zur Folge hätte. Eine Rückübernahme der Flug-

sicherung durch Deutschland könne vor keiner Instanz und unter keinem Rechtstitel angefochten werden.

Falls es zu einer einseitigen Verordnung Deutschlands käme, könnten dies zwar Unique und Swiss vor dem Verwaltungsgericht Mannheim anfechten. Die Eidgenossenschaft wäre aber laut dem Verkehrsminister nicht klageberechtigt. Der Vertrag sei die optimalste Lösung zweier Staaten, die je für beide Vor- und Nachteile habe. «Dieser Vertrag ist eine politische Lösung statt eine Lösung mit Prozessen ohne Ende», sagte der Verkehrsminister.

## Robinson warnt vor Populismus

KOPENHAGEN: Die UNO-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson hat zwei Tage vor dem EU-Gipfel in Sevilla die europäischen Staats- und Regierungschefs aufgerufen, der populistischen Stimmung gegen Einwanderer und Asylbewerber nicht nachzugeben.

Sie sei ebenso wie UNO-Flüchtlingskommissar Ruud Lubbers besorgt über die gegenwärtige Stimmung gegen Einwanderer. Die Zahl der Asylbewerber nehme derzeit europaweit ab, sagte Robinson gestern in Kopenhagen. Im Vorfeld des am Freitag beginnenden EU-Gipfels in Sevilla, auf dem eine Reihe von Massnahmen gegen illegale Einwanderung verabschiedet werden soll, mahnte Robinson alle führenden Politiker, zur Vision eines Europas auf der Basis der Menschenrechte und der Menschenwürde zurückzukehren. UNO-Flüchtlingskommissar Ruud Lubbers hat anlässlich des Weltflüchtlingstages am mehr Geld für die umfangreichen Aufgaben zur Bekämpfung des Flüchtlingselends gefordert. «Offen gesagt, wir brauchen sehr viel mehr Hilfe, als wir bekommen», sagte Lubbers.

# Mit dem Traktor ins Gefängnis

Globalisierungsgegner Jose Bove inszenierte seinen Haftantritt in Südfrankreich

MONTPELLIER: Auf einem Traktor und begleitet von hundert Anhängern hat sich der französische Globalisierungsgegner Jose Bove (Bild) ins Gefängnis begeben. Der schmutzige Schafzüchter trat gestern seine Haftstrafe an, zu der er wegen der Verwüstung einer McDonald's-Filiale im südfranzösischen Millau verurteilt worden war. Die Aktion gegen Strafzölle auf französischen Roquefort-Käse in den USA machte Bove 1999 zur Symbolfigur der Globalisierungsgegner in Frankreich. Der Vorsitzende des Bauernverbands «Confederation paysanne» hatte vergeblich vor dem Kassationsgerichtshof seine dreimonatige Strafe angefochten. Bove machte aus seinem Haftantritt eine Demonstration gegen die Globalisierung. Am frühen Morgen verliess er auf dem Traktor seinen Hof auf dem Plateau de Larzac. Der von der Gendarmerie begleitete Zug von insgesamt fünf Traktoren, 20 Autos und vier Lastwagen legte mit Tempo 30 die 140 Kilometer bis zum Gefängnis zurück. Den Weg hatte Bove am Vortag mit den Behörden abgestimmt.

